Deutscher Städtetag

Registermodernisierung als Strukturreform

[23.11.2026] Der Deutsche Städtetag fordert, die Registermodernisierung für eine Neuordnung gewachsener Verwaltungsstrukturen zu nutzen. Sein Positionspapier verlangt verbindliche Standards, eine gesicherte Finanzierung und die Beteiligung der Kommunen an Steuerung und Umsetzung.

Die Registermodernisierung ist eines der Kernvorhaben der Verwaltungsdigitalisierung. Ziel ist es, die Register von Bund, Ländern und Kommunen interoperabel nutzbar zu machen – und so den Austausch von Nachweisdaten zwischen den Behörden zu vereinfachen, was wiederum Voraussetzung für das Prinzip „Once Only“ ist. Wie daraus eine durchgängig digitale Verwaltung werden kann, beschreibt der Deutsche Städtetag in seinem jetzt veröffentlichten Positionspapier „Registermodernisierung strategisch gestalten“. Der Verband richtet sich darin an Bund und Länder. Sie sollen das Vorhaben über die technische Vernetzung hinaus als Strukturreform gestalten und gemeinsam mit den Kommunen verlässliche Bedingungen für die Umsetzung schaffen.

Register auf den Prüfstand

Der Städtetag warnt davor, die fragmentierte Registerlandschaft lediglich technisch zu verbinden. Bestehende Ineffizienzen könnten so mit hohem Ressourceneinsatz dauerhaft festgeschrieben werden. Gefordert ist deshalb eine verbindliche Weiterentwicklung der Architektur des Nationalen Once-Only-Technischen Systems (NOOTS): Welche Register werden langfristig benötigt, welche lassen sich zusammenführen und wo sind zentrale oder dezentrale Strukturen sinnvoll? Auch Zuständigkeiten, Datenmodelle und Standards müssen klar geregelt werden. Der Verband räumt dabei ausdrücklich ein, dass aus kommunaler Sicht nicht immer erkennbar sei, ob Entscheidungen tatsächlich noch ausstehen oder lediglich nicht ausreichend zwischen den staatlichen Ebenen kommuniziert werden.

Leistungen ohne Antrag

Die angestrebte Verwaltung soll nicht mehr ausschließlich auf Anträge warten, sondern geeignete Leistungen aus vorhandenen Daten ableiten und proaktiv erbringen können. Dafür braucht es dem Papier zufolge auch ereignisbezogene Datenübermittlungen und die entsprechenden rechtlichen Grundlagen. Eng verzahnt werden soll das Vorhaben außerdem mit der europäischen digitalen Identitätsbrieftasche EUDI-Wallet und anderen Modernisierungsprojekten. Identität, Nachweise und Registerdaten sollen als zusammenhängende Infrastruktur entwickelt werden. Datenschutzanforderungen müssten von Beginn an in die Architekturentscheidungen einfließen.

Verlässliche Daten für Vollzug und Statistik

Zu den Forderungen gehören offene, standardisierte und zentral bereitgestellte Schnittstellen sowie eine hohe Datenqualität. Der Städtetag verlangt bundeseinheitliche Datenmodelle und eindeutige Begriffe, auch bei Rechtsbegriffen wie dem Einkommen. Zudem müsse feststehen, welcher Datenbestand bei mehrfach geführten Angaben maßgeblich ist und wer ihn pflegt. Maßnahmen zur Datenbereinigung und

Dublettenprüfung sollen dauerhaft abgesichert werden. Die Daten müssen auch für gesetzlich vorgesehene statistische Zwecke nutzbar bleiben. Kommunale Statistikstellen dürften durch eine Zentralisierung nicht den erforderlichen Datenzugang verlieren. Sie benötigen aktuelle, vollständige Angaben etwa für die Sozialberichterstattung, Wohnungsmarktanalysen und Verkehrsplanung.

Kommunen fehlt die Kostensicherheit

Für die Städte sieht das Papier erhebliche praktische und finanzielle Herausforderungen. Auch wenn die technische Anpassung der Fachverfahren bei den Softwarelieferanten liegt, können vor Ort Aufwände für Einführung, Konfiguration, Tests, organisatorische Änderungen und IT-Sicherheit verbleiben. Zugleich seien weder Investitionen noch langfristige Betriebskosten verlässlich abschätzbar, obwohl Mittel bereits in kommunalen Haushalten eingeplant werden müssten. Ohne ausreichende Kostenübersicht könnten auch IT-Dienstleister ihre Preise nicht zuverlässig kalkulieren. Diese Unsicherheiten erschweren nach Einschätzung des Verbands die Umsetzung.

Finanzierung sichern, Fristen setzen

Bund und Länder sollen deshalb die kommunalen Aufwände transparent machen und deren Finanzierung dauerhaft sichern. Standardisierbare IT-Leistungen und Schnittstellen sollten möglichst zentral beschafft, finanziert und bereitgestellt werden. Die Kommunen müssten strukturell an Steuerung, Entwicklung und Umsetzung beteiligt sein. Nötig seien zudem ein verbindlicher Zeitplan mit Meilensteinen und eine laufend aktualisierte Informationsbasis zu Vorgaben, Zuständigkeiten und Projektständen. Erst mit solchen Grundlagen könnten die Städte Haushaltsmittel planen und ihre IT-Dienstleister sowie Fachverfahrenshersteller rechtzeitig einbinden.

(sib)

• DST-Positionspapier „Registermodernisierung strategisch gestalten“

Stichwörter: Politik, Deutscher Städtetag, Registermodernisierung